



EUROPEAN YOUTH PARLIAMENT
DEUTSCHLAND GERMANY

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME
17/2011**

A42

Europäisches Jugendparlament in Deutschland e.V.
MACHWERK in der Alten Münze | Am Krögel 2 | 10179 Berlin

Dr. Stefan Nacke MdL
Vorsitzender der Enquetekommission III
Landtag Nordrhein-Westfalen
Postfach 10 11 43
40002 Düsseldorf

KONTAKTPERSON
Tim Kniepkamp
Vorstandsmitglied
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
tim.kniepkamp@eyp.de
0176/217 280 90

Stellungnahme Drucksache 17/3754

Berlin, 7. November 2019

Sehr geehrter Herr Dr. Nacke,

im Namen des Europäischen Jugendparlamentes in Deutschland e.V. möchte ich mich für der Vertrauen bedanken, dass Sie unserer Organisation durch die Anfrage zur Stellungnahme im Rahmen der Schriftlichen Anhörung in der Drucksache 17/3754 entgegengebracht haben. Wir hoffen, Ihnen mit den beigefügten Ausführungen zu den aufgeworfenen Fragen weiterhelfen zu können.

Mit freundlichen Grüßen


Tim Kniepkamp

Vorstandsmitglied (Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)

**EUROPÄISCHES JUGENDPARLAMENT
IN DEUTSCHLAND E.V.**
MACHWERK in der Alten Münze
Am Krögel 2
10179 Berlin

TEL +49 30 72 62 195-26
FAX +49 30 280 95-150
WEB www.eyp.de
E-MAIL info@eyp.de

IBAN DE 14 1007 0024 0118 1775 00
BIC DEUTDE33
BANK Deutsche Bank Privat und
Geschäftskunden F 700

KURATORIUM
Dr. Klaus Hänsch Prof. Dr. Gesine Schwan
Dr. Hans-Gert Pöttering Prof. Dr. Michaele Schreyer
André Schmitz-Schwarzkopf Prof. Dr. Christina Weiss



Stellungnahme des Europäischen Jugendparlaments in Deutschland e.V.

Drucksache 17/3754

Die nachfolgenden Ausführungen bilden die Stellungnahme des Europäischen Jugendparlaments in Deutschland e.V. Es wurde aus Gründen der zeitlichen Knappheit auf eine umfassende Befragung aller Vereinsmitglieder verzichtet. Somit handelt es sich allein um die Ansichten des Vorstands. Einzelmeinungen der Vereinsmitglieder können von den hier niedergelegten Ansichten abweichen. Außerdem wird betont, dass der Verein nicht auf kommunalpolitischer Ebene aktiv ist, sondern sich die europapolitische Bildung junger Menschen zur Aufgabe gemacht hat. Aufgrund wiederholter Nachfragen möchten wir dennoch Stellung beziehen.

1) Wie beschreiben Sie die Situation von Menschen Ihrer Interessensgruppe, die sich kommunalpolitisch engagieren möchten und/oder kommunalpolitisch aktiv sind?

Aus unserer Sicht ist die Haltung junger Menschen gegenüber kommunalpolitischen Engagement tendenziell zurückhaltend. Dies führen wir darauf zurück, dass die demokratischen Prozesse in der eigenen Kommune als wenig attraktiv wahrgenommen werden. Zum einen lässt sich bei den bereits ehrenamtlich engagierten Bürger*innen ein demografischer Schwerpunkt hin zu den Geburtsjahrgängen vor 1960 erkennen. Sich in diese Gesprächskreise einzumischen, erscheint uns für Jugendliche wenig attraktiv. Zum anderen haben junge Menschen den Eindruck, dass ihre Meinung - bedingt durch ihr Alter - in der Abwägung weniger Gewicht zukommt. Vielmehr werden die Forderungen schnell als unreif abgetan. Symptomatisch für diese Wahrnehmung steht aus unserer Sicht der zunehmende Drang Jugendlicher, sich an Protesten zu beteiligen, um der eigenen Meinung Ausdruck zu verleihen.

Zusammenfassend fehlt es überwiegend an einem Interesse junger Menschen, sich kommunalpolitisch zu engagieren. Selbst wenn ein derartiges Interesse prinzipiell besteht, mangelt es an dem Glauben, dass die eigene Meinung berücksichtigt werden würde.

2) Mit welchen Herausforderungen ist Ihre Interessensgruppe im Bereich politischer Beteiligung konfrontiert? Gibt es konkrete Hindernisse, die einem kommunalpolitischen Engagement entgegenstehen?

Mit Blick auf die Ausführungen zu 1) ist zunächst zu betonen, dass aus unserer Sicht die Meinung junger Menschen kommunalpolitisch zu wenig wahrgenommen bzw. teilweise abgetan wird.

Viel bedeutsamer ist allerdings die mangelnde Aufklärung über die Potentiale des eigenen Engagements. An den Schulen wird zumeist nicht auf die Möglichkeiten hingewiesen, sich kommunalpolitisch zu engagieren. Teilweise fehlt es nach unserem Eindruck auch an der notwendigen Aufklärung über die demokratischen Abläufe auf kommunaler Ebene. Zugleich darf nicht unterstellt werden, junge Menschen wären in jedem Fall in der Lage, sich selbstständig zu



informieren. Gerade wenn eine sozioökonomisch breite Masse der Bevölkerung erreicht werden soll, darf nicht nur auf Eigeninitiative gesetzt werden.

Letztlich treten die jeweilige Sitzungszeiten der Kommunalpolitik hinzu: Nicht in jedem Fall sind diese mit den Unterrichtszeiten und der erforderlichen Vor- und Nachbereitung vereinbar.

3) Welche Bedingungen müssten sich verändern, damit eine höhere politische Beteiligung Ihrer Interessensgruppe in der Kommunalpolitik erreicht werden kann?

Einerseits bedarf es nach unserem Dafürhalten eines Imagewechsels der Kommunalpolitik. Diese wird gegenwärtig als träge und wenig attraktiv von jungen Menschen aus den oben aufgeführten Gründen wahrgenommen. Andererseits ist eine breitere Aufklärung über die jeweiligen Angebote ehrenamtlichen Engagements von Nöten. Jugendlichen fehlt ein Verständnis für die eigenen Potentiale auf kommunalpolitischer Ebene.

4) Gibt es eine spezifische zusätzliche Belastung kommunaler Mandatsträgerinnen und Mandatsträger? Falls ja, wie kann diese bei politischen Lösungsansätzen berücksichtigt werden?

Derzeit ist keine spezifische zusätzliche Belastung ersichtlich.

5) Welche Rolle spielt die Digitalisierung? Kann Digitalisierung kommunalpolitische Teilhabe und kommunalpolitisches Engagement verändern?

Die Digitalisierung bietet das Potential, demokratische Prozesse in der Kommune stärker zu beleuchten. Durch zielgerichtetes Marketing in den sozialen Medien, insbesondere bei Instagram, kann jungen Menschen gezeigt werden, auf welche Weise sie sich engagieren können. Durch eine umfassende Repräsentanz im Internet in Form einer Webseite lässt sich für junge Menschen ein erster Zugang schaffen.

Zugleich ist es denkbar, kommunalpolitische Fragen im Zuge der Digitalisierung neuen Formen der Abstimmung zugänglich zu machen. NRW könnte im Bereich des *eVoting* eine Vorreiterstellung einnehmen, indem es jungen Menschen die Möglichkeit einräumt, an öffentlichen Abstimmungen per *Smartphone* teilzunehmen. Die erfolgreiche Umsetzung in Estland stellt unter Beweis, dass derartige Modelle praktikabel sind und die Beteiligungsquoten der Bevölkerung steigen lässt.

6) Wie viel Einfluss haben die Rahmenbedingungen, wie z. B. steigender Zeitaufwand und Aufgabenvielfalt? Welche Angebote würden Ihrer Meinung nach Personen Ihrer Interessensvertretung eine politische Partizipation auf kommunaler Ebene erleichtern?

Jungen Menschen wäre aus unserer Sicht geholfen, wenn deutlicher auf die Angebote der Kommunalpolitik hingewiesen werden würde. In diesem Zusammenhang ist es bedeutsam, auf die unmittelbaren Vorteile kommunalpolitischer Arbeit hinzuweisen. Zur Durchsetzung sollte an Schule und Universitäten herangetreten werden. Ebenso sollte der kommunalpolitische Einsatz Anerkennung in Form von der Freistellung von Pflichtveranstaltungen und der Anrechnung von Leistungspunkten bzw. als positive Bemerkung auf dem Schulabschlusszeugnis finden.



7) Welche Rolle spielt die gesellschaftliche Wertschätzung bei der Ausübung eines kommunalpolitischen Mandats?

Zweifelsfrei spielt die gesellschaftliche Wertschätzung eine herausragende Rolle. Sie ist eine Form des Anreizes für junge Menschen, sich kommunalpolitisch zu engagieren. Diese Wertschätzung kann sich beispielsweise in der Freistellung von einzelnen schulischen/universitären Veranstaltungen widerspiegeln.

Grundlegend entsteht für uns der Eindruck einer divergierenden Wahrnehmung ehrenamtlichen Engagements. So wird gesamtgesellschaftliches Engagement häufig stärker gewertschätzt als (kommunal-)politisches Engagement.

8) Welche Weiterbildungs- oder medienpolitischen Angebote würden Ihrer Meinung nach Personen Ihrer Interessensvertretung eine politische Beteiligung in der Kommune erleichtern?

Denkbar wäre eine umfassendere Aufklärung im schulischen Kontext. Gegenwärtig enthält der Politikunterricht nur fragmentiert Bezüge zur Kommunalpolitik und den dortigen Chancen für das eigene Engagement.

Zugleich sollten die sozialen Medien stärker für kommunalpolitische Anliegen genutzt werden.

9) Welche politischen und gesellschaftlichen Forderungen hat die von Ihnen vertretene Interessengruppe an die politischen Akteure, um die Unterrepräsentanz von sozialen Gruppen im kommunalpolitischen Ehrenamt abzumildern?

Wir fordern, die Hürden für kommunalpolitisches Engagement durch die oben beschriebenen Erleichterungen wie Freistellungen und Leistungsanerkennungen zu fördern. Nur mit einem vereinfachten Einstieg lässt sich eine erhöhte Partizipation erreichen.

Zugleich fordern wir einen professionelleren Umgang mit der Stimme der Jugend. Hierzu erfordert es einer gesteigerten Ernsthaftigkeit gegenüber der jungen Interessengruppe.

Letztlich darf es einer breiteren Außendarstellung der kommunalpolitischen Angebote, die erklärend wirken sollte. Ein besonderer Fokus sollte auf dem Umstand liegen, dass kommunalpolitisches Engagement die Möglichkeit für unmittelbaren Einfluss im eigenen Lebensumfeld bietet.